

Warum die Chaos-Initiative ein Eigengoal ist



**Neue AKW
gegen Volk und Klima?**



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,
alle dazwischen und darüber hinaus

In der Politik gibt es die ganz grossen Freuden – wenn es zum Beispiel gelingt, eine extrem schädliche Initiative wie die Anti-SRG-Initiative der SVP zu bodigen, und Anliegen wie die Individualbesteuerung durchkommen. Und es gibt den leisen Jubel, etwa wenn eine Kommission einen üblen Vorstoss abschreibt.

Genau das ist im Februar nahezu unbemerkt geschehen: Bereits 2017 hatte der oberste Lobbyist des Hauseigentümerverbands im Parlament – selbstredend ein SVPlar – eine parlamentarische Initiative eingereicht, die es Vermietern ermöglicht hätte, die Miete an eine weitgehend fiktive «Quartierüblichkeit» anzupassen. Die Marktmiete wäre durch die Hintertür eingeführt worden. Nachdem die Initiative jahrelang durch Fristverlängerungen künstlich am Leben gehalten worden war, hat die Rechtskommission des Nationalrats nun offenbar eingesehen, dass diese Vorlage chancenlos wäre – endlich!

Damit ist der Mietwucher natürlich nicht gestoppt. Dafür brauchen wir die Mietpreis-Initiative, die die SP zusammen mit dem Mieterverband lanciert hat. Falls du noch nicht unterschrieben hast: www.spschweiz.ch/mietpreis-initiative.

Erfolge beflügeln. Nehmen wir also den Schwung mit in die nächste Runde und schicken am 14. Juni die desaströse Chaos-Initiative der SVP bachab! Die wichtigsten Eckpunkte der Vorlage erklären Co-Präsident Cédric Wermuth und Co-Fraktionschefin Samira Marti ab Seite 4.

Ich wünsche eine spannende Lektüre!



Mit solidarischen Grüßen
Pia Wildberger

Inhalt

- 4 Ein historisches Eigengool**
Was die Chaos-Initiative der SVP für uns bedeuten würde
- 5 Nicht schon wieder AKW!**
Der Ständerat ebnet den Weg für einen AKW-Neubau
- 6 Rojava: Unterschreibe auch du die Petition!**
Warum die «Demokratische Selbstverwaltung Nord- und Ostsyrien» so wichtig ist
- 8 Mindestlöhne unter Druck**
- 9–12 Berichte aus den Kantonen**
- 13 Gute Frage: Wo bleiben die Rechte der Nutztiere?**
- 14 «Die Manosphere verarscht mich»**
Wie Jugendliche abgeholt werden
- 15 1. Mai: Teepflücker:innen kämpfen für ihre Rechte**
- 16 Kochen fürs Klima: Dörrbohnen, die unterschätzten Klimafreunde**
- 18 5 Fragen an Neumitglied Nuri Kadrii aus Zürich**
- 19 Anlässe der SP Schweiz, SP Zürich, Movendo und der Anny-Klawar-Morf-Stiftung**
- 20 Bildungsangebote der SP Schweiz**

Spannungsgeladen



Vor Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses herrscht im Berner Lokal Fabrique 28, wo sich die Gegner:innen der Halbierungs-Initiative versammelt haben, gespannte Ruhe: Wird es reichen? Sekunden später bricht Jubel aus. Die Stimmberechtigten schicken die Anti-SRG-Initiative der SVP mit 62 Prozent der Stimmen bachab und erteilen dem Versuch, unabhängige Medien nach dem Vorbild von Autokraten wie US-Präsident Donald Trump zu schwächen, eine klare Absage.

Kinderbetreuung

Bedingter Rückzug der Kita-Initiative

Das Parlament hat im vergangenen Dezember einen Gegenvorschlag zur Kita-Initiative beschlossen, der in Teilen unsere Anliegen aufnimmt. Wir fordern mit der Initiative neben besseren Arbeitsbedingungen in der ganzen Schweiz bezahlbare Kita-Plätze, für die Eltern maximal zehn Prozent ihres Einkommens ausgeben müssen. Im Gegenvorschlag ist nun ein Beitrag an die Kita-Kosten von 100 bis 500 Franken im Monat vorgesehen. «Natürlich wäre

unsere Initiative besser gewesen. Aber der Gegenvorschlag ist der realistischere Weg», sagt SP-Co-Präsident Cédric Wermuth. «Wir werden nun zum ersten Mal auf Bundesebene ein Gesetz zur Kita-Finanzierung haben. Sozialpolitisch ist das ein historischer Schritt.» Sollte gegen das neue Gesetz von rechtsbürgerlicher Seite das Referendum ergriffen und gewonnen werden, könnte die Initiative wieder aus der Schublade geholt werden.

Inklusions-Initiative

Bundesrat will rasche Umsetzung

Mit seiner Botschaft zum indirekten Gegenvorschlag zur Inklusions-Initiative will der Bundesrat zentrale Anliegen der Initiative rasch und konkret auf Gesetzesstufe umsetzen. Kern des Gegenvorschlags ist ein neues Inklusionsrahmengesetz. Die SP begrüsst den Vorschlag, doch ohne klare Vorgaben und überprüfbare Ziele bleibt Inklusion ein Anspruch ohne Wirkung. Nun liegt es am Parlament, den Gegenvorschlag so auszugestalten, dass er im Alltag Wirkung entfaltet – für mehr Selbstbestimmung, gleichberechtigte Teilhabe und eine inklusive Schweiz.



Chaos-Initiative der SP

«Ein historisches Eigen

Mit welchen Argumenten kämpft die SP gegen die Chaos-Initiative der SVP, die am 14. Juni zur Abstimmung kommt? Co-Fraktionspräsidentin Samira Marti und Co-Parteipräsident Cédric Wermuth erklären im Gespräch die Eckpunkte der Vorlage. Interview Pia Wildberger

Die Vorkampagne gegen die 10-Millionen-Schweiz-Initiative der SVP ist bereits gestartet, drei Monate vor der Abstimmung. Wie schätzt ihr die Ausgangslage ein?

Samira Marti: Es ist eine der wichtigsten Abstimmungen dieses Jahres – es geht um sehr viel. Und es wird knapp. Das ist aber kein schlechtes Zeichen. Es zeigt, wie intensiv die Debatte geführt wird.

Cédric Wermuth: Die Menschen wissen, dass hier Grundsätzliches auf dem Spiel steht. Die Abstimmung können wir gewinnen, wenn es uns gelingt, den Stimmbürger:innen die Tragweite dieser Chaos-Initiative aufzuzeigen. Die Initiative gehört zu den extremsten der letzten Jahre.

Stichwort «Chaos-Initiative». Warum verdient die Vorlage diesen Namen?

Samira: Die Initiative schlägt ein radikales Experiment vor: Einen fixen Bevölkerungsdeckel. Die Folgen wären verheerend. Es käme zum Bruch mit der EU, was nicht nur Arbeitsplätze kosten, sondern auch das Gesundheitswesen destabilisieren würde. Heute kommt ein Drittel des Gesundheitspersonals aus der EU – ohne sie können wir die Grund-

versorgung nicht aufrechterhalten. Spitäler müssten geschlossen werden. Dasselbe gilt für die Exportindustrie, Kitas, Baustellen und Schulen.

Die Initiative will die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens erzwingen, wenn die Wohnbevölkerung auf 9,5 Millionen Menschen anwächst. Wo stehen wir da?

Cédric: Schon der Titel der Initiative ist irreführend. Man tut so, als würden die Folgen erst viel später spürbar, um 2050. Doch das Szenario ist klar: Ab 9,5 Millionen Einwohner:innen verlangt die Initiative Einschränkungen beim Familiennachzug. Das ist bloss 4 Prozent mehr als heute und wird in wenigen Jahren der Fall sein.

Warum ist der Familiennachzug so wichtig?

Cédric: Dass die Menschen aus Europa, die hier arbeiten, eben als Menschen betrachtet werden und nicht einfach als Arbeitskräfte und deshalb ihre Familien mitnehmen dürfen, ist die zentrale Errungenschaft der Personenfreizügigkeit. Die EU kann eine Einschränkung der Personenfreizügigkeit nicht

akzeptieren – die Folge wäre die Kündigung der bilateralen Verträge. Auch die Verhandlungen über die Bilateralen III wären beendet. Aussenpolitisch wäre es ein Desaster: Die Schweiz würde sich im ungünstigsten Moment, in Zeiten grosser politischer Instabilität, in Europa isolieren – ein historisches Eigengol allererster Güte.

Was wären die unmittelbaren Folgen einer Kündigung der Bilateralen?

Samira: Zunächst einmal grosse Unsicherheit – für alle. Für Export-KMUs, die ihren Absatzmarkt verlieren, für Ausländer:innen aus der EU, aber auch für Schweizer:innen. Denn mit der Kündigung der bilateralen Verträge würden auch das Entsendegesetz wegfallen und alle Lohnschutzmassnahmen verschwinden. Dieses Gesetz ist wichtig, weil es die Gleichbehandlung ausländischer und inländischer Arbeitnehmer:innen sicherstellt und Lohndumping bekämpft. Das ist eine grosse soziale Errungenschaft. Die bilateralen Verträge haben uns nicht nur Wohlstand gebracht, sondern mit dem Wegfall des Saisonierstatuts auch bedeutenden sozialen Fortschritt!

Cédric: Eine Annahme der Initiative hätte nicht erst in Zukunft, sondern sofort Auswirkungen. Deutsche Ärztinnen oder Pfleger würden sich zweimal überlegen, ob sie in die Schweiz kommen. Schon heute haben wir Probleme, Stellen zu besetzen – besonders in ländlichen Regionen. Zudem hätten

P: goal»

Schweizer KMUs plötzlich keinen privilegierten Zugang mehr zum europäischen Markt – völlig unnötig und selbstverschuldet.

Was passiert mit dem Gesundheitssystem, wenn die Initiative angenommen wird?

Samira: Heute fehlen 15 000 Pflegekräfte, und in den nächsten Jahren wird sich dieser Mangel verdoppeln. Die Chaos-Initiative würde die Situation massiv verschärfen. Fachkräfte aus der EU würden abgeworben, weil andere Länder sie besser behandeln. Denn die demografische Entwicklung in Europa zeigt klar, dass der Bedarf an Pflegekräften überall steigt.

Über 1,5 Millionen EU-Bürger:innen leben in der Schweiz. Was würde die Initiative für ihre Kinder und Ehepartner:innen bedeuten?

Cédric: Es würde zu grosser Rechtsunsicherheit kommen. Die EU-Ausländer:innen würden zu Menschen zweiter Klasse und müssten damit rechnen, dass ihre Familienangehörigen jederzeit ausgewiesen werden können.

Eigentlich ein unvorstellbares Szenario.

Samira: Wir werden im Abstimmungskampf erleben, wie die SVP Ausländer:innen für alle echten und vermeintlichen Probleme verantwortlich macht – obwohl sie seit Jahren hier leben, arbeiten und Steuern zahlen. Das macht etwas mit den Menschen. Es ist auch unsere Aufgabe als SP, an ihrer Seite

zu stehen und diese Sündenbock-Politik mit aller Kraft zurückzuweisen.

Umgekehrt leben über 460 000 Schweizer Bürger:innen im europäischen Ausland. Was würde die Kündigung der Bilateralen für sie bedeuten?

Cédric: Die Personenfreizügigkeit beruht auf Gegenseitigkeit. Für Schweizer:innen im EU-Ausland würde das grosse Unsicherheit bedeuten. Wir wissen nicht, wie die EU reagieren würde – ob sie alle zurückschickt oder ihnen den Aufenthalt erschwert. Beim Brexit gab es monatelang Unklarheit.

Die Initiative will auch das Recht auf Asyl aushebeln. Was stellt sich die SVP vor?

Samira: Die SVP schreibt in den Übergangsbestimmungen, dass internationale Verträge gekündigt werden müssen. Darunter fallen auch die Menschenrechtskonvention und die Genfer Flüchtlingskonvention. Mit der Initiative würde das Asylrecht daher de facto abgeschafft. Asylsuchende machen übrigens nur 2,5 Prozent der Gesamtbevölkerung aus – aber die SVP macht sie zum Sündenbock.

Die SVP behauptet, Ausländer:innen würden unsere Sozialwerke und das Gesundheitswesen belasten. Was sagen die Zahlen dazu?

Samira: Schweizer:innen beziehen im Durchschnitt 2,5 Mal mehr Gesundheitsleistungen als Ausländer:innen. Das ist kein positives Zeichen, sondern zeigt bloss die soziale Ungleichheit: Wer keinen Schweizer Pass hat, hat schlechteren Zugang zum Gesundheitswesen. Und bei der AHV zahlen Zuwander:innen mehr ein, als sie beziehen. Ohne sie hätte die AHV ein massives Problem. Zuwanderung bedeutet Wohlstand – nicht Belastung.

Oft hört man, dass es im Zug immer enger werde und Menschen in Ballungszentren keinen bezahlbaren Wohnraum finden. Was sagt ihr diesen Personen?

Cédric: Die Infrastruktur der SBB ist über den ganzen Tag gesehen nur zu 30 Prozent ausgelastet, mit Spitzenzeiten am Morgen und am Abend. Das Problem ist die Konzentration von Arbeitsplätzen in den Zentren, nicht die Zuwanderung. Klar ist aber auch: Wir müssen die ÖV-Infrastruktur ausbauen – was die SVP regelmässig blockiert.

Samira: Es gibt heute mehr freie Wohnungen als bei der Einführung der Personenfreizügigkeit – aber es sind die falschen. Institutionelle Anleger lassen Luxusappartements lieber leer stehen, als sie günstiger zu vermieten, weil die Rendite später umso höher ist. Wir brauchen mehr Genossenschaftswohnungen und die Durchsetzung des bestehenden Mietrechts. Die SVP blockiert das – und schiebt die Schuld einmal mehr auf die Zuwander:innen.

Fünfte Schweiz

Bald fremd in EU-Nachbarschaft?

In der Schweiz leben 1,5 Millionen Menschen mit einem EU-Pass. Vor allem diese Menschen hat die Chaos-Initiative der SVP im Visier, über die wir am 14. Juni abstimmen. Doch das Freizügigkeitsabkommen erlaubt es auch Schweizer:innen, sich in der EU zur Arbeit, zum Studium oder im Ruhestand niederzulassen. Von diesem Recht machen rund 460 000 Menschen mit Schweizer Pass – darunter ich – Gebrauch.

Mit der Annahme der Initiative müsste das Freizügigkeitsabkommen gekündigt werden – und zwar in wenigen Jahren, wenn die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz 9,5 Millionen Menschen erreicht. Das Abkommen bildet die Rechtsgrundlage des Aufenthalts von Schweizer:innen in der Europäischen Union – zu Arbeits- oder Studienzwecken, zur Gründung einer Familie, für eine Partnerschaft oder den Ruhestand.

Der Brexit lässt grüssen

Ohne das Abkommen würden wir Auslandschweizer:innen zu Fremden in unserer eigenen Nachbarschaft. Die EU würde uns als Drittstaatenangehörige behandeln. Kostspielige bürokratische Hürden stünden der freien Lebensgestaltung im Weg. Selbst kurze Aufenthalte im Ausland würden zum Privileg von Reichen und gut Vernetzten. Wie die Brit:innen mit dem Brexit würden wir kurz nach Annahme der Initiative die Freiheit verlieren, in der EU frei zu leben – und wie die Brit:innen würden wir das bald bereuen.

Damit nicht genug: Auch das Recht auf Familiennachzug würde wegfallen. Heisst: Schweizer:innen, die ihren ausländischen Ehepartner:innen oder Kindern den Umzug in die Schweiz ermöglichen möchten, müssten darauf hoffen, dass die Schweizer Wohnbevölkerung schrumpft. Liegt die Bevölkerungszahl zu nahe am oder gar über dem Grenzwert, muss die Familie draussen bleiben.

Eine solch lebensfeindliche Einschränkung persönlicher Freiheiten – die von einer Einwanderungsbükratie im Stil der trumpschen ICE überwacht werden müsste – ist für Auslandschweizer:innen und Sozialdemokrat:innen inakzeptabel.



Moritz Bondeli,
Co-Präsident
SP International,
Berlin



Nicht schon wieder AKW!

Ausgerechnet am 15. Jahrestag der Atomkatastrophe von Fukushima kippte der Ständerat letzte Woche das Neubauverbot für Atomkraftwerke, indem er den Gegenvorschlag zur «Blackout-Initiative» von Bundesrat Albert Rösti unterstützte. Dieser Entscheid markiert eine regelrechte Spitzkehre, die uns in der Energiewende um Jahrzehnte zurückwerfen kann und den klaren demokratischen Willen der Bevölkerung zum Atomausstieg mit Füßen tritt.

Die Energiepolitik der Schweiz steht einmal mehr an einem Wendepunkt. Lange schien klar, wohin der Weg führt: weg von der Atomkraft, hin zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Nach der Katastrophe in Fukushima 2011 hat der Bundesrat diesen Entscheid vorgespurt. Und das Stimmvolk trug ihn mit und besiegelte 2017 mit der Energiestrategie 2050 an der Urne den Atomausstieg. Seither bestätigte es diese zukunfts-fähige und verantwortungsvolle Energiepolitik wiederholt: 2023 mit fast 60 Prozent Ja zum Klima- und Innovationsgesetz und 2024 mit der deutlichen Annahme des Stromgesetzes.

Trotzdem scheint sich Bundesrat Rösti leider nach wie vor mehr



Nadine Masshardt,
Nationalrätin,
Vize-Präsidentin der
SP-Fraktion, Mitglied
der Umwelt- und Energie-
kommission und Präsi-
dentin der Schweizerischen
Energie-Stiftung

seinen ehemaligen Lobby-Mandaten verpflichtet zu fühlen als der Bevölkerung. Und der Ständerat zog ausgerechnet am 11. März nach – jenem Tag, an dem sich das Reaktorunglück von Fukushima zum 15. Mal jährte – und stellte sich hinter den schädlichen Gegenvorschlag des Bundesrates zur unnötigen «Blackout-Initiative». Damit ist die Debatte um neue AKW zurück – und mit ihr die Frage, in welche Richtung die Energiepolitik künftig geht.

Milliardenrisiko statt auf bewährtem Weg bleiben

Diese neusten Entscheide fallen nicht zufällig in eine Phase, in der die Energiewende zusätzlich

an Tempo gewinnen müsste. Der Umbau der Stromversorgung erfordert Investitionen in Solar- und Windenergie, Netze und Speicher. Neue AKW jedoch sind langfristige, milliarden schwere Projekte, deren Planung und Bau Jahrzehnte dauern, die keinen Beitrag zur Dekarbonisierung leisten und unsere heutige Versorgungssicherheit niemals stärken. Sie würden zudem finanzielle (Steuergeld!) und politische Ressourcen (zum Beispiel von Umweltminister Rösti!) binden, die heute dringend in erneuerbare Technologien fließen müssen. Die Rückkehr zur Atomkraft würde also die Energiewende ausbremsen.

Schnell und nachhaltig oder langsam, teuer und mit vielen Fragen

Im Ständerat begründete die Mehrheit den Entscheid damit, dass man «eine technologieoffene Planung» und «eine sichere und nachhaltige Stromversorgung» wolle. Doch das Ermöglichen neuer AKW bedeutet vor allem eines: eine Rückkehr



zVg Schweizerische Energie-Stiftung

Das von der SP unterstützte Bündnis «Nein zu neuen AKW» forderte den Ständerat in einem Protestbrief mit über 20 000 Unterzeichnenden auf, am bestehenden Verbot zum Bau neuer AKW festzuhalten – vergeblich.

zu einer gefährlichen Technologie, deren wirtschaftliche Realisierbarkeit seit Jahren infrage steht und wenn schon nur mit massiver staatlicher Unterstützung denkbar ist (von wegen Kostenwahrheit!). Dass Bundesrat Rösli sogar zu diesem für einen Bürgerlichen sehr sonderbar anmutenden Schritt bereit ist, bestätigte er jüngst in den Medien.

Das französische AKW Flamanville zeigt es exemplarisch: Statt der geplanten 5 dauert der Bau bereits 17 Jahre. Und bei den Kosten sieht es nicht besser aus: Budgetiert waren 3,3 Milliarden Euro. Nun ist klar, dass das AKW gegen 24 Milliarden kosten wird. Das ist acht Mal (sic!) teurer als geplant und zeigt, dass neue AKW nicht nur ein Sicherheits-, sondern auch ein gravierendes Finanzrisiko sind. Beides zu Lasten künftiger Generationen. Und von einer sicheren Lösung für radioaktiven Müll spricht eh noch niemand ernsthaft.

Der Streit um das AKW-Neubauverbot ist deshalb mehr als eine technische Frage. Es geht vielmehr

um eine energiepolitische Weichenstellung: Auf der einen Seite ein veraltetes System, das auf grosse, zentral gesteuerte Anlagen setzt, risikoreich ist und abhängig macht von Uran-Ländern und langfristiger Kapitalbindung. Andererseits die auf Effizienz, regionale Produktion, lokale Wertschöpfung und schnellen Ausbau fokussierten erneuerbaren Energien.

Immer noch Nein zu AKWs

Wir setzen uns seit Jahrzehnten für die Energiewende ein und leisteten bei den jüngsten Volksentscheiden einen entscheidenden Beitrag. Nun stehen wir aber an einem kritischen Punkt. Denn die geopolitische Lage und neue Abhängigkeit von Rohstoffen von Autokraten bedingen Lösungen und Stabilität. Die Diskussion um neue AKW ist darum Gift und schafft unnötige Unsicherheit und Abhängigkeiten. Das wollen wir nicht und sagen deshalb weiterhin mit Überzeugung Nein zu kurz-sichtigen und menschenfeindlichen AKW.



Stärken wir Rojava!

Im letzten Jahr kam es unter dem syrischen Übergangspräsidenten Ahmed al-Sharaa zu wiederholten Angriffen auf ethnische und religiöse Minderheiten wie Alevit:innen und Drus:innen. Anfang Januar griffen Kräfte der Übergangsregierung sowie verbündete Dschihadisten die Region Nord- und Ostsyrien (Rojava) an. Die Lage bleibt trotz Waffenstillstand zwischen der Demokratischen Selbstverwaltung Nord- und Ostsyrien und der Übergangsregierung prekär, und die Feuerpause wurde wiederholt gebrochen. In dieser fragilen Situation ist die Angst vor neuen Angriffen gross.

Im Belagerungszustand

Gleichzeitig wird vermehrt von Aktivitäten ehemaliger IS-Zellen berichtet – der Abzug der kurdisch dominierten Syrian Democratic Forces begünstigt eine Rückkehr extremistischer Gruppen. Die Stadt Kobane, die für ihren Widerstand gegen den Islamischen Staat bekannt ist, wird de facto belagert. Der Zugang der Menschen zu humanitärer Hilfe ist stark eingeschränkt. Strom, Wasser, Internet und Heizmaterial fehlen, die medizinische Versorgung ist unzureichend. Tausende leben unter schwierigen Bedingungen in Schulgebäuden und Notunterkünften. Die anhaltenden Spannungen im Nahen Osten – insbesondere der Krieg zwischen den USA und Israel und dem Iran – verschärfen die Unsicherheit in der ganzen Region.

Hoffnungsträger Rojava

Auch deshalb ist die Demokratischen Selbstverwaltung Nord- und Ostsyrien von grosser Bedeutung. Trotz Krieg hat sie demokratische Strukturen aufgebaut: Es herrscht Gleichberechtigung, das Co-Präsidiumsmodell wurde eingeführt, ebenso Basisdemokratie in Kommunen sowie die institutionalisierte Vertretung ethnischer und religiöser Minderheiten. Für Kurd:innen, Alevit:innen, Drus:innen, Assyrier:innen, Jesid:innen und Christ:innen ist dieses Modell ein wichtiger Schutzraum und Hoffnungsträger für ein vielfältiges Syrien.

Die Schweiz trägt als Depositärstaat der Genfer Konventionen Verantwortung. Der Bundesrat ist seit Dezember 2025 mit einer Motion beauftragt, sich für den Schutz ethnischer und religiöser Minderheiten einzusetzen. Jetzt braucht es politischen Druck, damit die Umsetzung vorankommt: Wir haben darum eine Petition lanciert. Unterschreibe auch du – jede Unterschrift zählt!

Simen Gökçen, Co-Präsidentin SP Migrant:innen

► www.spschweiz.ch/petition-syrien





90 Jahre SAH: Solidarität, die wirkt

Im Jahr 1933, mitten in der Weltwirtschaftskrise, sagten SP-Frauen: «Kein Kind soll wegen Armut zu Hause bleiben». Sie gründeten die «Arbeiterkinderhilfe» und organisierten Ferien für Kinder aus Familien, die von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Aus dieser Initiative ging 1936 das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH) hervor. Es wurde von der Arbeiterbewegung (dem SGB) und der SP getragen. Solidarität war und ist nie nur ein Gefühl, sondern gelebte Praxis. Und: Ferienlager für Kinder und Jugendliche aus armutsbetroffenen Familien gibt es bis heute.

Seit der Gründung unterstützt das SAH dort, wo Menschen in Not sind: Kinder aus dem Spanischen Bürgerkrieg, Notleidende mit über 100 000 «Colis Suisse» im Zweiten Weltkrieg, beim Wiederaufbau Europas und ab 1949 als eine der ersten Schweizer Organisationen in der Entwicklungszusammenarbeit. Auch hierzulande ist das SAH aktiv: im Bereich von Flucht und Verfolgung, gegen Armut und Ausgrenzung – und gegen einen Asyldiskurs, der Menschen zu Akten macht.

Solidarität heisst Partizipation

Als in den 1990er-Jahren die Arbeitslosigkeit explodierte, reagierte das SAH schneller als manche Behörde. Programme wie «Etcetera», «Berufliche Perspektiven2» oder «impuls» bauten Brücken zurück in Arbeit und Würde, während «Co-Opera» Geflüchteten Wege in Ausbildung und Erwerbstätigkeit eröffnete. «Solidarität heisst Partizipation», lautete das Arbeitsmotto.

Gleichstellung war und blieb ein zentrales Anliegen: von Frauenkursen bis zur «Brunner-Sonne», deren Verkaufserlös Programmen von erwerbslosen Frauen zugutekam.

Heute steht das SAH-Netzwerk mit über 900 Mitarbeitenden, mehr als 20 200 Teilnehmenden und rund 200 Programmen für das, was auch die SP antreibt: eine Schweiz, die zusammenhält – sozial, politisch –, so unbequem das manchmal auch ist. Danke, SP-Frauen. Danke, SP. Und: Wir machen weiter!

Mehr zur Geschichte sowie Stimmen aus dem SAH finden sich in der Jubiläumsbroschüre und in den Interviews auf der Website von SAH Schweiz.

Caroline Morel, Leiterin Nationales Sekretariat SAH

► Alles zum Jubiläum:
[www.sah-schweiz.ch/
ueber-uns/90-jahre/](http://www.sah-schweiz.ch/ueber-uns/90-jahre/)



Mindestlohn

Bürgerliche greifen Mindestlöhne an

Nach dem Nationalrat stellte sich auch die Wirtschaftskommission des Ständerats (WAK-S) hinter den rechtsbürgerlichen Angriff auf kantonale Mindestlöhne: Diese sollen nicht mehr gelten, wenn ein allgemeinverbindlich erklärter Gesamtarbeitsvertrag tiefere Mindestlöhne festlegt. Doch die vorgesehene Besitzstandswahrung für Kantone mit bereits geltenden Mindestlöhnen ist ungenügend: Sie schützt nicht vor Kaufkraftverlust durch Inflation. Zudem verhindert sie künftige demokratische Entscheide in anderen Kantonen und Gemeinden. «Wer kantonale Mindestlöhne per Bundesgesetz aushebelt, schwächt Arbeitnehmende, die jeden Franken brauchen – und entwertet demokratische Entscheide in den Kantonen», so Ständerat und SGB-Präsident Pierre-Yves Mailard. Faktisch führt der Vorschlag der WAK-S zu einer Lohnsenkung in Tieflohnbranchen und schwächt die Kaufkraft.

12 Sonntagsverkäufe, weniger Lohn

Sozusagen als «Sahnehäubchen» für Bürgerliche befürwortet die WAK-S zudem eine Standesinitiative, die bis zu zwölf bewilligungsfreie Sonntagsverkäufe vorsieht. Das ist ein weiterer Abbau des Arbeitnehmerschutzes und ein Schlag gegen die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Besonders stossend: Sobald Verkäufer:innen mehr als sechs Sonntage pro Jahr arbeiten, fällt der obligatorische Lohnzuschlag von 50 Prozent weg.

Die Ständeratsdebatte findet nach Drucklegung des «links» statt. Doch die SP Schweiz verurteilt diesen Frontalangriff auf die Mindestlöhne scharf und wird die Gesetzesänderung mit aller Kraft bekämpfen.



Robin Worrall/Unsplash

Stiefkindadoption

Kinder aus Regenbogenfamilien endlich abgesichert

Mit der Zustimmung zur erleichterten Adoption von Stiefkindern schloss der Nationalrat in der laufenden Session eine Lücke: So sind auch Kinder aus Regenbogenfamilien von Geburt an rechtlich abgesichert und anderen Kindern gleichgestellt. Die Begrenzung der Verfahrenslänge auf sechs Monate und die Möglichkeit, das Gesuch bereits vor der Geburt einzureichen, garantieren Sicherheit. Viel zu lange wurden Regenbogenfamilien bisweilen mit kostspieligen Hürden und jahrelangen Wartefristen belastet. «Das Parlament sendet ein klares Signal der Gerechtigkeit – für die Kinder und für ihre Familien», sagt SP-Nationalrätin Tamara Funicello.



Abzocke stoppen – für klare Regeln im Kanton Luzern

Zu hohe Managerlöhne in kantonsnahen Betrieben und lukrative Nebenjobs von Politiker:innen sorgen für Unmut. Mit zwei kantonalen Initiativen wollen wir klare Regeln schaffen – für mehr Fairness, Transparenz und Vertrauen in die Demokratie.

Nick Schwery

Viele wichtige Aufgaben werden heute von ausgelagerten kantonsnahen Betrieben erfüllt – etwa bei Spitälern, der Kantonalbank oder im öffentlichen Verkehr. Umso wichtiger ist es, dass sich Löhne und Entschädigungen am Gemeinwohl orientieren.

Mit der Initiative «Abzockerlöhne bei Staatsbetrieben stoppen» setzen wir eine klare Leitplanke: Spitzenlöhne sollen sich am Lohn eines Regierungsrats orientieren. Überrissene Managergehälter wollen wir begrenzen. Und wer aus dem Regierungsrat

ausscheidet, soll nicht direkt in ein kantonsnahes Gremium wechseln und dort hohe Entschädigungen kassieren. Falls das doch passiert, fliesst dieses Geld zurück an den Kanton. So verhindern wir Postenschacher und Machtspielchen.

Unabhängigkeit im Bundeshaus stärken
Ständerät:innen vertreten den Kanton Luzern in Bern. Wer dieses Amt übernimmt, soll unabhängig entscheiden können und nicht von gut bezahlten Nebenmandaten oder Lobbyinteressen abhängig sein.

Mit der Initiative «Abzockermandate im Bundeshaus stoppen» begrenzen wir die Nebeneinkünfte von Luzerner Ständerät:innen auf 100 000 Franken pro Jahr. Zusammen mit dem Einkommen aus dem Ständeratsmandat entspricht das in etwa dem Lohn eines Luzerner Regierungsmitglieds. Politisches Handeln soll nicht durch Nebenprofite verzerrt werden.

Ständerät:innen werden im Kanton gewählt. Deshalb können wir hier mit einer kantonalen Initiative ansetzen. Nationalrät:innen

unterstehen nationalen Regelungen – dort haben wir auf kantonaler Ebene keine direkte Eingriffsmöglichkeit.

Zwei Initiativen – ein Ziel

Beide Initiativen gehören zusammen. Es geht nicht um Neid. Es geht um klare Regeln für den Umgang mit öffentlichem Geld und politischen Mandaten. Um Fairness. Und um das Vertrauen in unsere Demokratie.

Damit unsere Initiativen zustande kommen, brauchen wir je 4000 Unterschriften. Vielleicht zwei oder drei im Freundeskreis. Vielleicht ein paar im Quartier. Jede einzelne zählt.

Am 28. März führen wir unseren zweiten kantonalen Sammeltag durch. In der Box findest du den QR-Code zur Anmeldung. Mach mit, für saubere Politik und mehr Vertrauen in unsere Demokratie.

Mitmachen: Jetzt für eine Sammelaktion anmelden. Alle Infos und Unterschriftenbögen findest du auf sp-luzern.ch



Care-Arbeit

Das Fundament unserer Wirtschaft

Was wir «Wirtschaft» nennen, zeigt nur einen Teil der Wirklichkeit. Vieles, was unser Leben trägt – Pflege, Betreuung, Erziehung, Zuhören, Organisieren –, bleibt unsichtbar. Zeit, den Blick zu schärfen: Care-Arbeit ist kein Randthema, sondern Grundlage für Wohlstand und Zusammenhalt.

Lucia Engeli und Anja Gestmann, Co-Präsidium SP Aargau



Am letzten Parteitag hat uns das Büro für feministische Ökonomie vor Augen geführt, wie eng unser Wirtschaftsverständnis ist.

Was wir messen und was nicht

Gezählt wird, was verkauft und bezahlt wird und somit im Bruttoinlandprodukt erscheint. Doch ein grosser Teil der Arbeit taucht dort nicht auf. Menschen pflegen Angehörige, betreuen Kinder, sichern den Alltag. Diese Sorgearbeit hält unsere Gesellschaft zusammen. Ohne sie würde nichts funktionieren.

Wenn wir nur zählen, was Geld bringt, entsteht ein schiefes Bild. Ein wachsender Rüstungssektor gilt als Erfolg. Überlastete Pflegekräfte erscheinen als Kostenfaktor. Der Druck, Care immer effizienter zu organisieren, führt zu Stress und Einsamkeit.

Die Ökonomin Mariana Mazzucato erinnert daran: Zahlen sind nie neutral. Sie spiegeln politische Ziele. Wachstum ist kein Wert an sich. Entscheidend ist, was wächst und wem es nützt. Auch Ulrike Hermann betont, dass permanentes Wachstum in einer begrenzten Welt an Grenzen stösst. «Grünes Wachstum» allein wird die ökologischen und sozialen Widersprüche nicht auflösen.

Ein neues Verständnis von Erfolg

Wenn wir das ernst nehmen, müssen wir Erfolg anders definieren. Nicht maximale Gewinne stehen im Zentrum, sondern ein gutes Leben für alle. Eine Wirtschaft, die Care stärkt, investiert in Stabilität und Zusammenhalt. Wer Sorgearbeit gering schätzt, riskiert soziale Spannungen. Wer sie ins Zentrum rückt, fördert Vertrauen, sowohl im Inneren als auch nach aussen.

Care ist keine private Angelegenheit einzelner Familien, sondern eine gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe.

Vom Wissen ins Handeln

Im Workshop am Parteitag wurde deutlich: Das Wissen ist da. Nun braucht es konkrete Schritte:

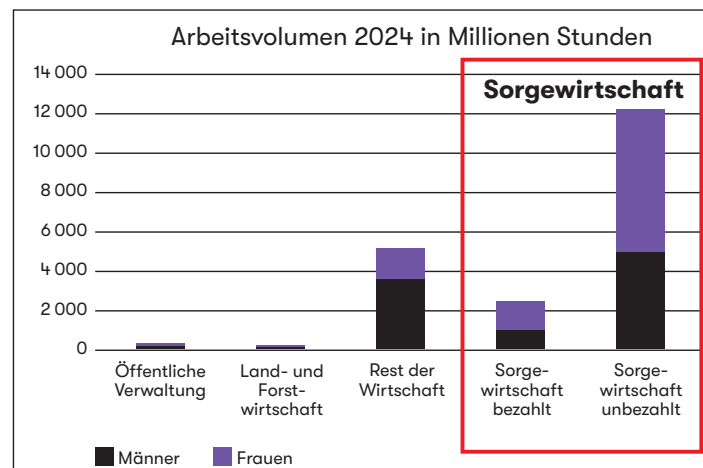
1. Neue Massstäbe: Lebensqualität, Zeitwohlstand und gute Versorgung müssen genauso zählen wie Produktivität.
2. Bessere Bedingungen für Care-Arbeit: faire Löhne, kürzere Arbeitszeiten, soziale Absicherung und eine gerechte Verteilung zwischen den Geschlechtern.

3. Klare Investitionsprioritäten: Kitas, Pflege, Bildung und Gesundheit sind keine Nebensache, sondern zentrale Infrastruktur unserer Gesellschaft.

Care-Arbeit ist systemrelevant und wertschöpfend. Sie schafft Verbindung und stärkt den sozialen Frieden.

Resignation wäre bequem. Doch Care ist zu wichtig, um sie weiter zu übersehen. Wenn wir Wirtschaft als Infrastruktur des Lebens begreifen, verändert sich auch unsere Politik. Die Frage ist nicht, ob wir uns das leisten können, sondern ob wir es leisten können, weiter wegzuschauen.

Sorgearbeit als Teil der Wirtschaft



Sorgewirtschaft = 72 Prozent des gesamten Arbeitsvolumens in der Schweiz!

Aus: «Sorge tragen», Präsentation des Büros für feministische Ökonomie am Parteitag der SP Aargau vom 24. Januar 2026. Quelle: BFS

Leerkündigungen

Wohnst du noch – oder musst du schon raus?

Bezahlbarer Wohnraum verschwindet zunehmend, während Immobilienbesitzer:innen ihre Profite steigern. Wegen unnötigen Leerkündigungen werden Menschen dadurch aus ihrem Zuhause verdrängt. Wir machen den Druck auf die Mieter:innen sichtbar!

Lena Allenspach, Stadträtin und Co-Präsidentin SP Stadt Bern und Monique Iseli, Stadträtin SP Stadt Bern

In Bern werden immer mehr Menschen aus ihren Wohnungen und Quartieren verdrängt. Immobilienbesitzer:innen kündigen Liegenschaften leer, nur um die Mieten danach massiv zu erhöhen und ihre Profite zu steigern. Bezahlbarer Wohnraum verschwindet damit zunehmend.

Diese Entwicklung ist kein Zufall. Sie ist das Resultat von Profitdenken auf Kosten der Mieter:innen. Wir wollen die Stadt Bern dabei unterstützen, bestehenden bezahlbaren Wohnraum besser zu schützen. Deshalb fordern wir neben einer aktiven Wohnbaupolitik auch eine Meldestelle für Leerkündigungen.

142 Mietparteien müssen am Loryplatz raus

Am Loryplatz werden acht Häuser mit insgesamt 142 Wohnungen leergekündigt – ohne Angaben zu den zukünftigen Mietpreisen. Die betroffenen Mieter:innen verlieren ihr Zuhause in einem Quartier, in dem sie, teilweise seit langer Zeit, leben und ihr soziales Umfeld haben. Angesichts der tiefen Leerwohnungsziffer und steigender Mieten wird es für sie schwierig, im selben Quartier eine bezahlbare Wohnung zu finden. Und die

Mieter:innen am Loryplatz sind kein Einzelfall: Leerkündigungen haben in der Stadt Bern stark zugenommen. Die Gentrifizierung schreitet rasch voran und droht Menschen zu verdrängen und ganze Quartiere unbezahlbar zu machen. Erst kürzlich hat eine Forschungsgruppe der ETH untersucht, wer nach Leerkündigungen in den fünf grössten Agglomerationen und Städten der Schweiz in die betroffenen Wohnungen einzieht. Laut der Studie verdienen die neuen Mieter:innen rund doppelt so viel wie ihre Vermieter:innen.

Der Plan der Immobilienbesitzer:innen ist klar: Mit unnötigen Leerkündigungen sollen nach dem Umbau höhere Renditen erzielt werden. Dabei wird genau kalkuliert, wie sich aus den Liegenschaften mehr Profit herausholen lässt – inklusive detaillierter Berechnung der neuen Mietpreise. So verschwindet bezahlbarer Wohnraum Stück für Stück, und Mieter:innen verlieren ihr Zuhause.

Meldepflicht zwecks Prävention und Mietzinskontrolle

Die Stadt Bern muss dieser Entwicklung entschieden entgegenreten. Deshalb fordern wir im Stadtrat im Rahmen der bereits in

Arbeit befindlichen Mietzinskontrolle eine städtische Meldepflicht für Leerkündigungen. Mit der Einführung einer städtischen Meldestelle würde Bern eine bestehende Lücke schliessen, Transparenz schaffen und ein wichtiges Instrument zur Unterstützung betroffener Mieter:innen sowie zur Mietzinskontrolle bei Sanierungen erhalten.

Eine Meldepflicht hätte zudem eine präventive Wirkung: Sie schafft eine zusätzliche Hürde für Immobilienbesitzer:innen und kann unnötige Leerkündigungen verhindern. Gleichzeitig ermöglichen die gesammelten Daten der Stadt, den Wohnungsmarkt besser zu analysieren und gezielt zu handeln – etwa zur Förderung der sozialen Durchmischung und des gesellschaftlichen Zusammenhalts in den Quartieren. Mit einer soliden Datengrundlage kann die Stadt durch eine direkte Kontaktaufnahme Betroffene zudem aktiv unterstützen, etwa bei der Wohnungssuche oder mit Informationen zu ihren Rechten.

Bis die geforderte Meldestelle existiert, brauchen wir dich: Melde Leerkündigungen direkt bei uns – egal, ob du selbst betroffen bist oder davon erfährst. Wir machen den Druck auf die Mieter:innen sichtbar und leiten die Meldungen an die Stadt Bern weiter.



Dank der SP: Massive Prämienentlastung im Baselbiet

Die SP kämpft schon von jeher für eine zahlbare und zugängliche Gesundheitsversorgung für alle. Nun bewegt sich richtig viel: Zusätzliche 50 000 Menschen werden im Baselbiet neu bei den Krankenkassenprämien entlastet.

Als die obligatorische Krankenversicherung in den 1990er-Jahren eingeführt wurde, setzte der Bundesrat ein Sozialziel: Niemand solle mehr als acht Prozent des steuerbaren Einkommens für die Krankenkasse ausgeben müssen. Davon sind wir heute weit entfernt. Viele Familien zahlen sogar deutlich mehr für die Krankenkasse als Steuern. Im Baselbiet ist das Problem besonders ausgeprägt: Nirgends in der Schweiz bekommen anteilmässig so wenige Haushalte Prämienverbilligung (19,5 %).



Adil Koller,
Fraktionspräsident

Budgetanträgen und 2018 auch mit einer kantonalen Volksinitiative, die wir innert nur einer Woche zustande gebracht haben. Dieses Engagement hat Wirkung gezeigt. Noch im Abstimmungskampf zur Initiative kündigte der Regierungsrat erstmals an, die Prämienverbilligungen nach jahrelangem Zusammensparen wieder zu erhöhen (siehe Grafik). Die Initiative wurde danach zwar knapp abgelehnt (46 % Ja), aber seither wurden die Prämienverbilligungen jedes Jahr leicht erhöht.

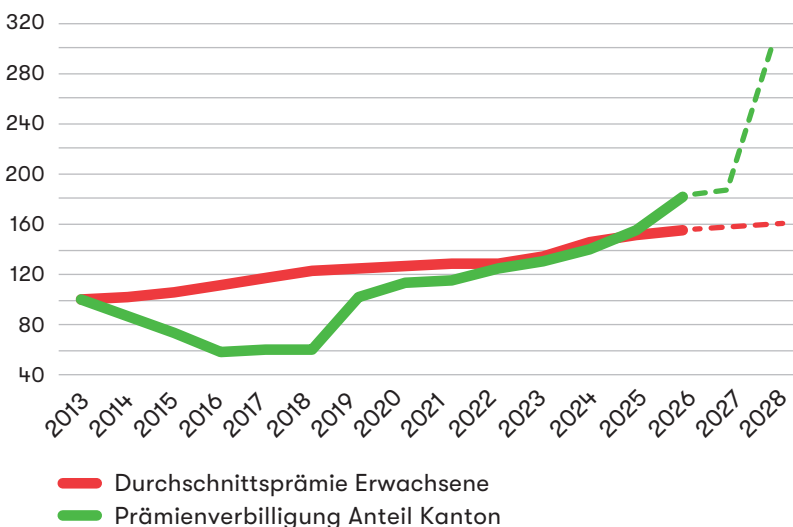
Endlich Entlastung für den Mittelstand

Nie aber haben die Bürgerlichen verstanden, dass der Mittelstand am meisten unter der Prämienlast leidet – die Krankenkassenprämien von Familien mit mittleren Einkommen

werden im Baselbiet bisher gar nicht abgedeckt. Das wird sich nun ändern: Die Schweizer Bevölkerung hat einen Gegenvorschlag zur nationalen Prämieninitiative der SP angenommen. Nun gibt es Mindestvorgaben für die Kantone. Die kantonalen Regierungen können sich nicht mehr aus der Verantwortung stehlen. Das bedeutet für Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen: deutlich mehr Entlastung! Es ist ein richtiger Durchbruch. Im Baselbiet wird für über 50 000 Personen neu die Prämie verbilligt. Eine Familie des unteren Mittelstandes mit 100 000 Franken steuerbarem Einkommen wird mit der neuen Prämienverbilligungsvorlage um rund 3600 Franken entlastet.

Ab 2028 wird der Kanton rund 280 Millionen Franken für die individuelle Prämienverbilligung einsetzen müssen. Heute sind es rund 190 Millionen. Ohne den Druck der SP – kantonal wie national – gäbe es diesen massiven Ausbau nicht. Unsere Beharrlichkeit zahlt sich aus.

Prämien und Prämienverbilligungen im Kanton BL 2013–2022 indexiert 2013 = 100



Quelle: Kanton BL, eigene Berechnungen

**«Beharrlichkeit wirkt:
Endlich
Entlastung
für den
Mittelstand.»**



Gute Frage

Wo bleiben die Rechte der Nutztiere?

Die Massentierhaltung missachtet völlig legal die elementarsten Bedürfnisse der Tiere und ist eines aufgeklärten, pluralistischen und empathischen Volkes unwürdig. Zwar haben wir ein gutes Tierschutzgesetz, doch die Ausführungsbestimmungen zeigen: Wirtschaftliche Interessen gehen oft vor. Warum setzt sich die SP nicht aktiver für die Rechte von Nutztieren ein?

Martin G., Herisau

Lieber Martin

Deine Frage geht uns alle an – und sie motiviert uns, noch konsequenter für den Tierschutz zu kämpfen. Denn klar ist: Eine Gesellschaft, die sich als fortschrittlich und mitfühlend versteht, darf Tierleid nicht einfach hinnehmen. Die SP steht für eine faire und ökologische Landwirtschaft ein. Massentierhaltung ist kein Naturgesetz, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen – und da versuchen wir anzusetzen.

Unser Einsatz findet jedoch meistens abseits des Rampenlichts statt. Wenn wir hinter den Kulissen für die biologische Landwirtschaft eintreten, engagieren wir uns auch für eine artgerechte Haltung von Nutztieren. Auch eine konsumentenfreundliche Deklaration von Lebensmitteln, die die Rückverfolgbarkeit ermöglicht, steht letztlich im Dienst des Tierwohls.

Seit langem bringen unsere National- und Ständerät:innen das Thema voran. Wir unterstützen Forderungen – teils auch aus den eigenen Reihen eingebracht, – wonach tierquälerisch erzeugte Produkte wie beispielsweise Pelz nicht mehr eingeführt werden dürfen. In den Debatten setzen wir uns jeweils in den vorberatenden Kommissionen oder in Vernehmlassungen für den Tierschutz ein – häufig mit Erfolg, aber nicht immer. So ist es uns leider nicht gelungen, ein Stacheldrahtverbot für Weidezäune in der Tierschutzverordnung zu verankern. Auch die Schlachtung trächtiger Rinder bleibt – entgegen unserer Forderung – weiterhin erlaubt.

Es gibt noch viel zu tun. Wir lassen nicht locker und bleiben dran!

Stell uns deine Frage

Täglich erreichen die SP Dutzende Zuschriften mit Fragen von Mitgliedern und Leser:innen. Hast du eine Frage an die SP? Wir greifen sie gerne im Links auf. Schreibe uns unter links@spschweiz.ch

Standpunkt

Vom SRG-Sieg zum Juni-Nein

Die Anti-SRG-Initiative ist vom Tisch. Dieses starke Signal für unsere Demokratie richtet sich gegen die bewusste Schaffung eines Informations-Vakuums. Milliardäre wie Musk oder Zuckerberg versuchen dort vorzustossen, um unsere Informationen noch stärker zu kontrollieren. Dass wir diesem Druck von rechts die Stirn bieten konnten, verdanken wir einem gemeinsamen Kraftakt: Dank über 16 000 Kleinspenden konnten wir aufzeigen, dass unabhängige Informationsvermittlung und Fakten nicht durch gezielte Propaganda ersetzt werden dürfen. Während die SVP auf Milliardäre setzt, bauen wir auf die Breite unserer Bewegung.

Doch kaum waren die Urnen geschlossen, versuchte Medienminister Albert Rösti den Volkssentscheid umzudeuten. Trotz einer Ablehnung von über 60 Prozent tut er so, als hätte das Stimmvolk seinen Plänen zur Schwächung der SRG zugestimmt – Pläne, zu denen das Parlament nie Ja gesagt hat. Es ist das «System Rösti»: Abstimmungsergebnisse ignorieren und das Parlament mit Verordnungen umgehen. Diese Missachtung des Volkswillens werden wir nicht hinnehmen.

Der nächste Kampf steht bereits an. Am 14. Juni entscheiden wir über die extreme SVP-Chaos-Initiative («10-Millionen-Schweiz»). Sie ist ein Frontalangriff auf unsere Weltoffenheit und will die bilateralen Verträge opfern – Abschottungspolitik nach dem Vorbild Trumps.

Der Sieg gegen die Anti-SRG-Initiative zeigt: Wenn wir zusammenstehen, gewinnen wir. Nutzen wir diesen Schwung!



Tom Cassee,
SP-Generalsekretär

«Die Manosphere verarscht mich»



Der weltweite Backlash zeigt sich nicht nur in den Statistiken zu häuslicher Gewalt und Femiziden, sondern ist bis in die Schulzimmer zu spüren. Immer mehr junge Männer vertreten frauen- und queerfeindliche Ansichten. Was tun? Kambez Nuri* Nuri von der Fachstelle OH BOY* gibt Einblick in seine Arbeit mit Jugendlichen.

Interview Pia Wildberger

Oft ist die Rede von der sogenannten «Manosphere». Was ist das, und wie gross ist die Bewegung tatsächlich?

Antifeministische und queerfeindliche Äusserungen sind auf jedem Pausenplatz präsent. Die Manosphere und Influencer bieten in Online-Foren und in den sozialen Medien einfache Antworten auf komplexe Fragen und sprechen so Jugendliche an. Besonders in der Pubertät sind viele unsicher und haben Angst vor einem Statusverlust. Die Manosphere nutzt diese Unsicherheit aus.

Wie erreicht ihr Jugendliche in der Manosphere?

Mit dem Projekt «OH BOY*» bieten wir Jugendlichen in Schulen einen Raum, um über Identität, Unsicherheiten und Ambivalenzen zu sprechen. Viele erleben einen Widerspruch: Einerseits wird von ihnen erwartet, emotional und verletzlich zu sein, andererseits werden sie online mit gegenteiligen Botschaften konfrontiert. Hier versuchen wir Orientierung zu geben.

Was sagt ihr einem Jugendlichen, der findet, Männer würden heute systematisch benachteiligt?

Wir distanzieren uns von der Aussage, nehmen aber seine Gefühle ernst. Es bringt nichts, mit Statistiken zu kontern, wenn er sich nicht gehört fühlt. Der Schlüssel im Rahmen unserer Workshops ist Beziehung. Wir bieten Reflexionsräume an und nehmen die Jugendlichen ernst – ohne ihre problematischen Aussagen zu relativieren. Wenn ein Jugendlicher misogynen Sprüche klopft, fragen wir: «Was löst das in dir aus? Woher kommt das?» Oft steckt dahinter die Angst, in der männlichen Rangordnung abzustiegen. Wir versuchen, Verantwortung zu fördern – und die Jungen als Teil der Lösung zu sehen. Klare Grenzen sind jedoch wichtig, wir tolerieren keine rassistischen oder sexistischen Äusserungen. Aber wir versuchen, die Jugendlichen dort abzuholen, wo sie stehen, und ihnen Sicherheit zu geben, damit sie sich öffnen können.

Was verändert sich konkret bei einem Jungen nach einem Workshop?

In Feedback-Runden hören wir Sätze wie «ich möchte meine Freundin anders behandeln», «ich habe zum ersten Mal mit Erwachsenen über mich reden können» oder «ich will ein besserer Freund sein». Viele merken, dass sie in der Rolle des harten, dominanten Mannes gefangen sind. Wenn sie sich öffnen, erkennen sie, dass ihre grösste Angst oft ihre eigenen Freunde sind: Sie trauen sich nicht, Gefühle zu zeigen, aus Sorge, ausgelacht oder ausgeschlossen zu werden. Der Workshop gibt ihnen die Möglichkeit, verletzlich zu sein – und das verändert ihr Verhalten.

Was motiviert Jugendliche, ihr Verhalten tatsächlich zu ändern?

Wenn sie feststellen, dass ihr Verhalten als harter Macho sie unglücklich macht. Wir zeigen ihnen auch Statistiken – beispielsweise dass 95 Prozent der Gefängnisinsassen Männer sind. Das schockiert sie. Plötzlich verstehen sie: «Die Manosphere verarscht mich.» Der grösste Motivator ist aber Solidarität und das Gefühl, nicht allein mit der Unsicherheit zu kämpfen.

Woher kommt diese antifeministische Haltung, diese Gewaltbereitschaft?

Patriarchale Männlichkeitsnormen begünstigen Gewalt. Jungen begegnen diesen Normen überall – in der Familie, im Sport, in der Schule, in Online-Foren. Wenn ein 16-Jähriger vom Lehrmeister angeschrien wird:

«Du bist kein Mädchen! Du kommst pünktlich, machst deinen Job!», dann signalisiert das: Weiblichkeit ist schwach, Männlichkeit bedeutet Härte. Selbst kleine Jungen lernen früh, dass Rumschreien männlich ist, während Mädchen für dasselbe Verhalten kritisiert werden. Die patriarchale Sozialisierung ist traumatisierend und führt zu Isolation und Gewaltbereitschaft. Und auch die Politik trägt Mitschuld: Wenn autoritäre Akteure wie Trump oder AfD-Leute Gewalt verherrlichen, wird das für Jugendliche zum Vorbild.

Was ist ein gutes Männlichkeitsbild?

Männer können alles sein. Ein echter Mann muss kein Klischee erfüllen. Er kann ein Sixpack haben und ein Buch lesen. Er kann weinen und gleichzeitig ein starker Freund sein. Er kann Unterstützung geben – und sie auch annehmen. Er kann eine Sechse im Zeugnis haben – oder eine Zwei. Das macht ihn nicht weniger wertvoll oder «männlich». Zentral ist, dass man seine Grenzen und jene der anderen erkennt. Und Humor ist immer hilfreich.

* Kambez Nuri ist Sozialarbeiter und hat als Co-Leiter der Fachstelle OH BOY* von männer.ch den Workshop «Männlichkeit, wer ist das?» mitentwickelt.

Konsequent gegen Gewalt

Die Zahl der Femizide und geschlechtsspezifische Gewalt nehmen in der Schweiz zu, während bei der Prävention, bei Schutz- und Beratungsangeboten um jeden Franken gekämpft werden muss. Die SP Frauen und die SP Schweiz werden daher gemeinsam eine Volksinitiative lancieren, um geschlechtsspezifische Gewalt endlich konsequent und wirksam zu bekämpfen.

Zur Vorbereitung der Initiative organisierte die SP Frauen Ende Januar eine Tagung mit Expert:innen aus Politik, Praxis und Zivilgesellschaft, die die zentralen Handlungsfelder und notwendigen politischen Massnahmen diskutierten – von Prävention und Opferhilfe über Strafverfolgung bis hin zu den politischen und finanziellen Rahmenbedingungen. Mit dabei waren etwa die Zürcher Justizdirektorin Jacqueline Fehr, Bundesrat Beat Jans, Autorin Agota Lavoyer und alt Bundesrätin Simonetta Sommaruga.

Prävention geht nicht ohne Männer – und besonders wirksam ist sie, wenn junge Menschen erreicht werden. Diesen Aspekt deckte Kambez Nuri ab, der ebenfalls an der Tagung teilnahm.

1. Mai: Teeplückerinnen kämpfen für ihre Rechte

Der Solifonds, das Hilfswerk von SP und Gewerkschaften, stellt seine 1.-Mai-Aktion in den Dienst der Teeplücker:innen von Sri Lanka. Auf die Strasse am 1. Mai! Yvonne Zimmermann, Solifonds

«Wir leben und arbeiten wie Sklav:innen, so wie unsere Vorfahren vor 200 Jahren», schildern Teeplückerinnen in Sri Lanka ihre Situation. Die Löhne reichen nicht zum Leben, auf den Plantagen fehlen Toiletten und Trinkwasser, die Arbeiterinnen leben in Baracken aus der Kolonialzeit. «Unser Lohn reicht nicht aus, um eine Familie zu ernähren. Wir wohnen mit vier Töchtern in einem Raum. Freizeit kennen wir nicht, wir rackern uns von früh bis spät ab», berichtet eine Arbeiterin.

Grösseres Selbstbewusstsein, bessere Vernetzung

Die unhaltbaren Zustände sind zwar bekannt, doch verändert sich die Situation nur langsam. Um die Sichtbarkeit zu erhöhen, führten die Teeplücker:innen mit ihrer Gewerkschaft Ceylon Workers Red Flag Union (CWRFU) vor zwei Jahren ein Arbeiter:innentribunal durch und machten so auf ihre Situation aufmerksam. Richter:innen aus Indien, Nepal und Sri Lanka hörten sich die Aussagen der Arbeiter:innen an und waren sichtlich schockiert. Sie verfassten dringliche Empfehlungen an die Regierung, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen auf den Plantagen zu verbessern. Nun gilt es, diese Empfehlungen durchzusetzen.

Für die Arbeiter:innen war das Tribunal ein Erfolg: Ihre Situation wurde landesweit und international wahrgenommen, ihr Kampf erhielt Unterstützung. Das Tribunal hat die Plantagenarbeiter:innen spürbar gestärkt, besonders die Frauen.

«Ich traute mich vorher nicht, vor anderen Menschen zu sprechen»,

berichten Arbeiterinnen, die vor dem Tribunal aussagten. Zu dessen Vorbereitung lernten sie, Beweismittel zusammenzutragen und sich auszudrücken. Seither sind sie zu Führungspersonen der Gewerkschaft geworden und machen nun die Empfehlungen der Richter:innen auf den Plantagen bekannt.

Endlich mehr Lohn!

Und nicht nur das: Eine Teeplückerin reichte Klage vor dem Obersten Gerichtshof ein und forderte einen existenzsichernden Lohn. Gleichzeitig schickten Tausende Plantagenarbeiter:innen Postkarten an den Präsidenten des Landes. In der Folge wurde der Lohn erhöht. Auch wenn dies noch nicht ausreicht – es ist ein Erfolg der Arbeiter:innen.

Der Kampf der Teeplückerinnen für ihre Rechte geht jedoch weiter, denn die Empfehlungen des internationalen Justizgremiums müssen auch auf den entlegenen Plantagen bekannt gemacht werden.

Mit Unterstützung des Solifonds wollen die Teeplückerinnen darum demnächst mit einer «Karawane» durch zahlreiche Plantagen ziehen und die notwendige Informationsarbeit leisten.



Mehr zu den Teeplückerinnen und der 1.-Mai-Aktion:

► www.solifonds.ch



Dörrbohnen, die unterschätzten Klimafreunde

Mit Leichtigkeit und guten Ideen zu einem wunderbaren und klimafreundlichen Gericht: Köchin Julia Lerch vom Bistro Zebra in Zürich macht's vor. Pia Wildberger

Im Bistro Zebra neben der Zürcher Bäckerei-Anlage weht seit Anfang Jahr ein neuer Wind. Das junge Team bietet einfache Spezialitäten aus der französischen Küche an. Mitten-drin: Julia Lerch, die nach der Kochlehre an einigen Stationen Halt machte. So kochte sie beispielsweise eine Saison lang bei Rebecca Clopaths Esswahrnehmungen im bündnerischen Lohn oder stand in Bangkok in fremden Küchen, um möglichst tief in die thailändische Gastronomie einzutauchen. Mit Leidenschaft und Neugier setzt sich die 28-jährige mit Lebensmitteln und deren Hintergrund, Anbau und Verarbeitung auseinander – ob es nun die Baumnüsse aus dem elterlichen Garten sind, die im Bohnensalat verwendet werden (siehe Rezept), oder Kräuter, die auch mal aus dem Wald stammen.

Professionell Essen retten

Was macht ein Gericht klimafreundlich? Neben saisonalen und regionalen Zutaten legt das SP-Mitglied grossen Wert auf

soziale Aspekte. «Nicht alle können sich frische Lebensmittel vom Wochenmarkt leisten.» Gleichzeitig landet immer noch ein Drittel aller Lebensmittel im Abfall. Auch wenn das Datum abgelaufen ist, sind die Esswaren meistens noch gut. So stammen die makellosen Tomaten im Bohnensalat beispielsweise vom Zürcher «Food-Save-Markt», wo überschüssiges Gemüse vor dem Container gerettet und günstig verkauft wird. Selbst hilft sie beim Projekt «Foodsharing» mit, indem sie immer wieder kiloweise Brot rettet und weiterverteilt.

Für Julia Lerch ist klar: Food Waste liesse sich am ehesten vermeiden, wenn Restaurants keine feste Menükarte hätten, sondern gekocht würde, was der Bauer oder die Bäuerin gerade im Angebot hat. «Alles andere führt zwangsläufig zu viel Abfall.»

Gesunder Boden, gesundes Essen

Julia Lerch tischt den Dörrbohnen-salat nicht nur auf, «weil es eines meiner Lieblingsessen

ist». Bohnen, Linsen und Kichererbsen sind echte Klimafreund:innen: Die Hülsenfrüchte benötigen im Anbau kaum Dünger, im Gegenteil. Sie produzieren selbst Stickstoff und geben diesen an andere Pflanzen ab. Mit Hülsenfrüchten beginnt der Klimaschutz im gesunden Boden.

Und wie schmecken die unterschätzten Klimafreunde? Im Rezept von Julia Lerch sind sie ganz einfach wunderbar – zum Nachkochen wärmstens empfohlen. En Guete!

Essen ist politisch!

Unsere Ernährungsweise ist für rund ein Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Für den Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das als Kraftfutter für Tiere dient. Ein Teil der Ernte landet zudem im Abfall. Am meisten Food Waste fällt in Privathaushalten an. Doch dagegen lässt sich etwas tun. Renommier-te Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.



Dörrbohnenalat mit Tomaten

Zutaten für 4 Personen

- 100 g Schweizer Dörrbohnen
- 1 Zwiebel, fein geschnitten
- 1 Lauch, gewaschen, fein geschnitten
- 100 g Schweizer Baumnüsse, geröstet
- 300 g frische Kirschtomaten oder getrocknete Tomaten, vorher eingeweicht und in feine Streifen geschnitten
- Rapsöl aus der Schweiz, kaltgepresst
- 4 El Apfelbalsam oder Apfelessig
- Thymian
- saisonale, frische Kräuter
- Salz

Zubereitung

- Die Dörrbohnen in kaltem Wasser ansetzen und leicht salzen. 20–25 Minuten kochen, bis die Bohnen weich sind, jedoch noch einen leichten Biss haben. Die Bohnen direkt in kaltes Wasser geben, um sie abzukühlen. Anschliessend abtropfen lassen.
- Geschnittene Zwiebeln und Lauch im Rapsöl andünsten und leicht salzen, anschliessend direkt zu den Bohnen geben.
- Kirschtomaten je nach Reife roh zu den Bohnen geben oder sie vorher mit etwas Öl, Salz und Thymian im Backofen bei 200°C für 20 Minuten zugedeckt schmoren, damit der Geschmack und die Süsse etwas hervorgehoben werden.
- Den Apfelbalsam zu den Bohnen geben, salzen.
- Den Salat mindestens 4 Stunden lang zugedeckt ziehen lassen.
- Vor dem Servieren nochmals gut mischen, eventuell nachsalzen und anschliessend mit den gerösteten Baumnüssen und den frischen Kräutern garnieren.
- Bei Zimmertemperatur servieren.

Eine zweite Säule für alle

Die heutige berufliche Vorsorge versagt bei tiefen Einkommen, unterbrochenen Erwerbsbiographien und unbezahlter Care-Arbeit. Das Modell «Zweite Säule für alle» korrigiert dies. Michael Graff, Ruth Gurny und Beat Ringger vom Denknetz stellen ihren Vorschlag in einem neuen Buch vor.

Die jetzige berufliche Vorsorge in der Schweiz steckt in der Sackgasse. Besonders Menschen mit tiefen Einkommen, unterbrochenen Erwerbsbiographien oder grossem Anteil an unbezahlter Care-Arbeit sind schlecht abgesichert. Dazu kommen handfeste Risiken für breite Bevölkerungsschichten. Ihre Renten sind innert weniger Jahre erheblich eingebrochen. Im Buch «Eine zweite Säule für alle» wird aufgezeigt, wie die berufliche Vorsorge zu einer echten Sozialversicherung umgebaut werden kann, die für mehr Transparenz, Gender- und Generationengerechtigkeit sorgt. Der Vorschlag zeichnet sich auch dadurch aus, dass niemand verliert, denn bereits angesparte Vermögen werden nicht angetastet.

«Fortsetzung der Lebensführung in angemessener Weise»

Zentrales Moment des vorgeschlagenen Modells ist die strikte Trennung zwischen Obligatorium und Überobligatorium. Das Obligatorium wird grundlegend umgebaut durch die Einrichtung eines öffentlichen, zentralen Fonds, dem sämtliche Erträge zukommen und der alle obligatorischen Leistungsansprüche bedient. Der Umwandlungssatz von 6,8 Prozent bleibt gewährleistet. Damit wird für möglichst viele Rentner:innen eine Gesamtrente gesichert, die die in der Verfassung festgelegte «Fortsetzung der Lebensführung in angemessener Weise» ermöglicht. Die Beiträge basieren weiterhin auf dem Erwerbseinkommen, und die Renten werden auch künftig auf Basis des Kapitaldeckungsverfahrens ermittelt. Alle Beiträge sowie sämtliche Finanzerträge aus den im Obligatorium angesparten Kapitalien gehen an den zentralen Fonds, der zum organisatorischen Rückgrat des Obligatoriums wird. Den bisherigen Vorsorgeeinrichtungen verbleibt im Obligatorium die treuhänderische Aufgabe, diejenigen Kapitalien weiter zu verwalten, die bis zur Einführung der Reform angespart worden sind.

Der so umstrukturierten «Zweiten Säule für alle» können nun rentenbildende Erziehungs- und Betreuungsgutschriften aus allgemeinen Steuermitteln

zugeführt werden. Diese Gelder werden einheitlich angelegt und die entstehenden Rentenansprüche fallen schweizweit einheitlich aus. Damit wird der Gender-Pension-Gap erheblich reduziert. Weiter werden Koordinationsabzug und Eintrittsschwelle abgeschafft. Die Beitragssätze werden so angepasst, dass die Rentenaussichten oberhalb der Schwellen erhalten bleiben, bei Lohnabhängigen mit niedrigen Pensen jedoch erheblich besser werden. Es wird dabei vermieden, dass die Gesamtsumme der angesparten und auf den Finanzmärkten exponierten Kapitalien erhöht wird.

Höhere Stabilität ermöglicht tieferen Deckungsgrad

Die höhere Stabilität des neuen, staatlich getragenen Systems erlaubt es, den Deckungsgrad deutlich absinken zu lassen, mindestens auf 100 Prozent. Dadurch werden Mittel in der Höhe von rund 76 Milliarden Franken frei, die etwa zur Rentensicherung der Baby-Boomer-Generation genützt werden können.

Das Überobligatorium bleibt erhalten. Allerdings werden das versicherbare Einkommen und das entsprechende Steuerprivileg von heute rund 900 000 Franken auf das Doppelte des Medianeinkommens, also rund 170 000 Franken begrenzt.

Buchvernissage

Das Buch ist in deiner Lieblingsbuchhandlung oder online erhältlich und lässt sich unter www.denknetz.ch/buch_bvg als PDF herunterladen.



Alle Interessierten sind am **24. März 2026**, 19–20.30 Uhr, im Politforum, Käfigturm Bern, Marktasse 67 zur Buchvernissage eingeladen.



an Neumitglied
Nuri Kadrii, Zürich

1. Du bist heute um 02.30 Uhr aufgestanden, um die Busfahrer:innen in Winterthur beim Warnstreik zu unterstützen. Was treibt dich an?

Die Kolleg:innen in Winterthur haben schlechtere Arbeitsbedingungen als wir in Zürich bei der VBZ. Das ist nicht akzeptabel. Wir mussten verhindern, dass die Busbetriebe die Busse bereits vor Arbeitsbeginn aus dem Depot stellen. Darum mussten wir auch früh vor Ort sein. Wenn Solidarität gefragt ist, stehe ich auch um halb drei Uhr auf.

2. Du bist seit Jahrzehnten Mitglied der Gewerkschaft VPOD. Warum hast du den Schritt zur SP gemacht?

Ich war schon seit Jahren Sympi und für den Beitritt war es höchste Zeit. In der Budgetdebatte verlangten wir von der Stadt eine fünfte Ferienwoche. Als das Anliegen 2025 durch den Gemeinderat ging, merkte ich: Als Mitglied hast du echtes Mitbestim-

mungsrecht. Das hat den Ausschlag gegeben. Ich sehe mich als Brückenbauer zwischen Gewerkschaft und SP – von der Seite der Arbeiter:innen her, und ich versuche immer wieder, Gewerkschafter:innen zum Beitritt zu bewegen. Gewerkschaft und SP gehen Hand in Hand.

3. Du bist täglich im Stadtverkehr. Was hältst du von Tempo 30?

Das sollte man sofort in der ganzen Stadt einführen! Warum? Ich habe Kinder – auch deshalb ist mir Sicherheit sehr wichtig. Wenn sich viele Verkehrsteilnehmer:innen auf engstem Raum begegnen, wie das in Zürich der Fall ist, ist Tempo 30 das einzig Richtige.

4. Regst du dich manchmal über den Verkehr auf?

Kaum. Im Führerstand höre ich linke Podcasts wie meyer:wermuth oder Jacobin und hoffe, SVP-Wähler:innen, die vorne ste-

hen, hören mit. Das ist politische Bildung im Alltag.

5. Was sind deine Hobbys, neben dem VPOD?

Velo fahren und an Velos rumschrauben ist mein Ausgleich zur Politik. Ich habe neun Fixies, alles Occasionen – ich habe kein einziges neu gekauft. Der grosse Vorteil von diesen Velos: Sie haben keine Gangschaltung und sind darum sehr wartungsarm. Im Keller habe ich eine kleine Werkstatt mit einem Velostand. Das ist mein Ausgleich – neben dem VPOD.

Interview Pia Wildberger

Nuri Kadrii ist gelernter Pöstler und seit 17 Jahren Tramführer bei der VBZ in Zürich. Der 40-Jährige ist verheiratet und Vater von drei schulpflichtigen Kindern.

Ausstellung

Föderalismus zum Anfassen

Was macht die Schweiz so besonders? Es ist der Föderalismus – jenes System, das uns täglich begleitet, sei es bei der Anmeldung in einer neuen Gemeinde, im Schulzimmer oder bei politischen Entscheidungen. Doch wie funktioniert diese Machtaufteilung zwischen Gemeinden, Kantonen und Bund wirklich? Und warum ist sie so zentral für unser Zusammenleben?

Die neue Wechselausstellung im Demokratie-Turm in Bern geht genau diesen Fragen nach. Sie lädt dazu ein, das unser Land prägende System nicht nur zu verstehen, sondern auch zu hinterfragen: Ist der Föderalismus Garant für Vielfalt und Einheit – oder zu kompliziert und ineffizient? Wie prägt er unsere Identität und Heimat? Und welche Lehren können wir aus den Erfahrungen in

anderen Ländern ziehen? Die Ausstellung zeigt: Föderalismus ist gelebte Demokratie. Ein Besuch lohnt sich – für alle, die wissen wollen, was die Schweiz im Innersten zusammenhält.

Macht und Heimat. Föderalismus in der Schweiz und anderswo.
Bis zum 12. Dezember im Politforum Bern.

Partnerangebote



Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Meine Anliegen am Arbeitsplatz durchsetzen

21. – 22. Mai 2026, Münchenwiler

Wie können wir bei Vorgesetzten die eigene Ferienplanung, ein reduziertes Arbeitspensum oder eine Lohnerhöhung durchsetzen? In diesem Kurs vermitteln wir Verhandlungstechniken, die dir helfen, deine Forderungen zu erreichen.

Einführung in die feministische Ökonomie

26. Mai 2026, Olten

Was bedeutet es, Ökonomie aus einer feministischen Perspektive zu betrachten? Warum stellt dieser Perspektivenwechsel alles auf den Kopf, was wir bisher über Wirtschaft wussten? Der Kurs bietet eine Einführung in zentrale Fragen feministischer Ökonomie.

Verdrängte Arbeiter:innen: Was tun gegen die Wohnkrise?

8. Juni 2026, Olten

Ständig steigende Mieten, Kündigungen und die Verdrängung von Menschen aus ihren vertrauten Quartieren sind Symptome

einer verschärften Wohnkrise, die Arbeiter:innen und ihre Familien besonders stark betrifft. Was läuft schief auf dem Wohnungsmarkt? Erfahre, wie wir uns als betroffene oder unterstützende Gewerkschafter:innen dagegen wehren können.

Arbeiter:innen, vereinigt euch! – und heute? Geschichte und Herausforderungen der Gewerkschaftsbewegung

15. – 16. Juni 2026, Balsthal

Wie sind die Gewerkschaften in der Schweiz stark geworden? Mit welchen Problemen hatten sie zu kämpfen? Der Kurs vermittelt einen geschichtlichen Überblick und zeigt, was die Gewerkschaften für soziale Sicherheit und Demokratie in der Schweiz geleistet haben.

Anmeldung online, per Mail oder Telefon

www.movendo.ch

info@movendo.ch

058 218 00 00

* Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen.



Europacafé: 30 Jahre OSZE – Europa sicher machen, aber wie?

Donnerstag, 26. März 2026, 19.30 Uhr, Zürich

Angesichts von Krieg in Europa, Aufrüstung und geopolitischen Verschiebungen diskutieren Expert:innen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft über die Zukunft einer progressiven europäischen Sicherheitspolitik – jenseits von militärischer Logik und nationalen Alleingängen. Referent:innen: *Priska Seiler Graf* (SP), *Laurent Goetschel* (Swisspeace), *Leonie Stamm* (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik). Moderation: *Anna Jikhareva* (WOZ)

Veranstaltung: Arbeitszeitreduktion – Gewinn für alle oder teure Utopie?

Dienstag, 21. April 2026, 18.30 Uhr, Bern

Bringt eine Arbeitszeitreduktion mehr Lebensqualität? Welche Erfahrungen gibt es aus Wirtschaft und Politik? Und wie lässt sich eine sozialdemokratische Arbeitszeitpolitik konkret umsetzen? Eine Diskussion mit Vertreter:innen aus Politik, Wissenschaft und Praxis. Mit: *Tamara Funicello* (SP), *Christoph Bader* (Universität Bern), *Heinz Egger* (Mondo Sport, Murten).

Stadtrundgänge
Zürich kolonial,
Luzern postkolonial,
Fribourg Coloniale



Anmeldung und weitere Informationen
anny-klawa-morf.ch

Agenda

Anlässe für SP-Mitglieder

MI, 25. März 2026

Feministischer Sessionsrückblick, Schaffhausen

FR, 27. März

Parteiratssitzung, online

SA, 28. März

Mitgliederversammlung SP queer, Winterthur

FR & SA, 17./18. April

Löwenberg-Tagung

MI, 22. April

SP Frauen in den Gemeinden

FR, 24. April

Delegiertenversammlung der SP 60+, Bern

FR, 1. Mai

Jobs und Löhne verteidigen – Nein zur Abschottung!

SA, 9. Mai

Jahreskonferenz der SP Migrant:innen, Bern

FR, 12. Juni

Mitgliederkonferenz SP 60+, Biel

FR & SA, 19. – 20. Juni

SP queer goes Zurich Pride

FR, 26. Juni

Parteiratssitzung, Olten

FR & SA, 26. – 27. Juni

SP queer goes Lausanne Pride

MO, 29. Juni

Feministischer Sessionsrückblick, Luzern

SA, 22. August

Sommeranlass der SP Migrant:innen

SA, 5. September

Mitgliederversammlung der SP Frauen, Bern

FR, 11. September

Parteiratssitzung, online

SA, 26. September

Generalversammlung SP queer

SA, 26. September

Delegiertenversammlung der SP 60+, Bern



Aktuelle Infos unter

www.spschweiz.ch/veranstaltungen

Bildungsangebote



Gesprächsreihe: Rechtsextremismus in der Schweiz

**16. April, 20 Uhr und
21. April 2026, 19.30 Uhr, **online****
Weitere Daten folgen

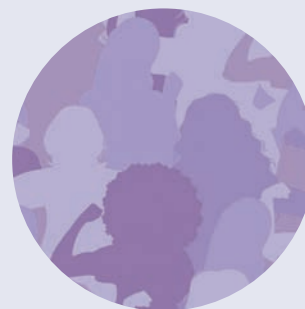
Auf der ganzen Welt gewinnen rechte und protektionistische Kräfte an Unterstützung. Und auch vor der Schweiz macht dieser Trend nicht halt. In unserer dreiteiligen Gesprächsreihe wollen wir den Aufstieg rechter Kräfte in der Schweiz und die Anziehungskraft auf ihre Wähler:innen beleuchten und besprechen, wer in dieser Zeit noch unsere verlässlichen Partner:innen sind.



Chaos-Initiative der SVP verhindern

**30. März 2026
19 – 20.30 Uhr, **online****
Mit **Jon Pult** (Vizepräsident
SP Schweiz und Nationalrat)

Am 14. Juni stimmen wir über die SVP-Chaos-Initiative (auch bekannt als «10-Millionen-Schweiz») ab. Sie zwingt bei nur 4 Prozent Bevölkerungswachstum zur Kündigung der Bilateralen mit der EU. Das gefährdet Kaufkraft, Export-KMUs, Jobs sowie Löhne und Renten. Wir besprechen die wichtigsten Gegenargumente – und weshalb wir gerade in unsicheren Zeiten stabile Beziehungen zu Europa benötigen.



30 Jahre Gleich- stellungsgesetz

Wo stehen wir wirklich?

**10. Juni 2026
18.30 – 20 Uhr, Volkshaus Zürich**
Mit **Anna Rosenwasser** (Natio-
nalrätin), **Vania Allewa** (Präsi-
dentin Unia) und **Christine Goll** (alt
Nationalrätin)

Trotz 30 Jahre Gleichstellungs-
gesetz bleibt immer noch viel zu
tun: Frauen verdienen weniger,
Care-Arbeit wird kaum anerkannt,
viele Renten sind zu tief – Alters-
armut ist oft weiblich. Vor dem
feministischen Streik diskutie-
ren wir: Wo stehen wir bei Lohn,
Karriere und Führung – und wie
erhöhen wir den Druck für echte
Gleichstellung?

Veranstaltungen für Vorstände und Behördenmitglieder

Raum für alle – inklusive Raumplanung

24. März 2026, 19.30 – 21 Uhr, **online**
Für Mitglieder von Exekutiven und Legislativen
in Städten und Gemeinden
Mit **Stephanie Tuggener** (Expertin für gender-
und alltagsgerechtes Planen und Bauen) und
Silvia Dell'Aquila (Stadträtin Aarau)

Gute Raumplanung orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen und kann die Lebensqualität entscheidend steigern. Noch immer werden öffentliche Räume überwiegend von Männern geplant und auf männliche Bedürfnisse ausgerichtet. Dabei geht oft auch die Barrierefreiheit vergessen. Wie gestalten wir Städtebau und Raumplanung für alle Bevölkerungsgruppen?

Wohnraum schützen – Airbnb regulieren

20. Mai 2026, 19.30 – 21 Uhr, **online**
Für Sektionspräsidien und Vorstandsmitglieder
und weitere Interessierte
Mit **David Roth** (Nationalrat) und
Christian Dandrès (Nationalrat)

Die Wohnungskrise in der Schweiz verschärft sich. Immer mehr Menschen werden verdrängt. Es braucht klare Regeln für Airbnb und Business-Apartments. Mit der Themenkommission Wohn- und Bodenpolitik diskutieren wir, wie wir Kurzzeitvermietungen regulieren und bezahlbaren Wohnraum schützen können. Mit Inputs und Tipps für kommunale Initiativen.



www.spschweiz.ch/bildung

**Hier
anmelden!**

AZB

CH-3001 Bern
PP/Journal

Post CH AG